

Evangelische Verantwortung



Wirksamer Klimaschutz und sichere Energie- versorgung

Ole von Beust, Erster Bürgermeister
der Stadt Hamburg *Seite 3*

Welternährung und
Bevölkerungsentwicklung

Prof. Dr. habil. Wolfgang Merbach *Seite 5*

- 10** *Günter Nooke: Wie universal sind Menschenrechte?*
- 13** *Evangelisches Leserforum*
- 14** *Aus unserer Arbeit*

Liebe Leserin, lieber Leser,



Jeder einzelne Euro, den Sie uns freundlicherweise zukommen lassen, hilft uns und unserer gemeinsamen Sache.

die weltweite Finanzkrise belastet die Funktionsfähigkeit des deutschen Finanzsystems in elementarer Weise, gefährdet aber auch die gesamte Wirtschaft und damit die Zukunft der Menschen in unserem Lande. Die Krise ist zu einem nicht unbedeutenden Anteil durch die Verantwortungslosigkeit führender Finanzakteure entstanden. Die Bundesregierung hat demgegenüber zusammen mit dem Bundestag und dem Bundesrat in vorbildlicher Weise ein politisches Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der deutschen Finanzmärkte beschlossen.

Vor fast 20 Jahren endete die „Staatsgläubigkeit“ mit dem Scheitern des Sozialismus. In diesen Tagen ist die liberale „Marktgläubigkeit“ untergegangen. Die falsche Idee, der Markt richte es allein und bedürfe nicht des sittlichen und staatlichen Ordnungsrahmens, ist gescheitert. Im 60. Jahr des Bestehens der Sozialen Marktwirtschaft kommt es nun darauf an, zu einer Kultur des Maßes und der Mitte zurückzufinden. Der Grundsatz, dass alles Wirtschaften letztlich dem Menschen zu dienen hat, muss nun, zusammen mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, europäisch und international durchgesetzt werden. Die Soziale Marktwirtschaft ist und bleibt der geeignete Ordnungsrahmen, der Freiheit und Verantwortung auch in Zukunft in angemessener und menschenwürdiger Weise vermittelt.

Ein ereignisreiches Jahr neigt sich langsam seinem Ende zu. Die Herausforderungen für den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) und die Christlich Demokratische (CDU) wie auch die Christlich Soziale Union (CSU) werden auch im kommenden „Super-Wahljahr 2009“ sehr groß sein: Deutschland braucht wieder eine starke bürgerliche Mitte mit einem klaren, am christlichen Menschenbild orientierten Wertefundament.

Deshalb möchte ich Ihnen heute zweierlei ganz besonders ans Herz legen:

Zum einen bitte ich Sie um eine Spende für unsere „Evangelische Verantwortung“ (EV) selbst, die in diesem Jahr auf ihr 55. jähriges Bestehen zurückblicken darf. Um diesen, unseren wichtigen Beitrag für den politischen Protestantismus in Deutschland auch künftig in gewohnter Weise gewährleisten zu können, sind wir weiterhin auf Ihre wohlwollende Unterstützung angewiesen. Jeder einzelne Euro, den Sie uns freundlicherweise zukommen lassen, hilft uns und unserer gemeinsamen Sache. Ich wäre Ihnen im Namen des gesamten EAK sehr dankbar, wenn Sie den Überweisungsträger auf der letzten Seite zum Anlass nähmen, darüber nachzudenken, ob Ihnen die Lektüre der EV, die natürlich weiterhin kostenlos bleibt, nicht einen kleinen, vielleicht sogar regelmäßigen Obolus wert ist. Den 169 Spenderinnen und Spendern (von insgesamt ca. 12 200 aktuellen Abonnenten der EV), die uns in diesem Jahr bereits finanziell bedacht haben, möchte ich an dieser Stelle besonders für Ihre zum Teil überproportional großzügige Zuwendung danken.

Zum anderen möchte ich Sie auch im Namen der CDU Bundesgeschäftsstelle um Ihr ehrenamtliches Engagement für den kommenden Bundestagswahlkampf 2009 bitten: Für eine hinreichende Mobilisierung benötigen wir als Volkspartei vor allem die persönliche Ansprache vor Ort. Darum wollen wir auch im kommenden Wahljahr eine große Freiwilligenkampagne zur Unterstützung der Wiederwahl von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel starten. Über die Freiwilligenkampagne 2009 können Sie sich bereits jetzt unter www.cdu.de informieren (s. S. 12).

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes und besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes und gesundes neues Jahr.

Gottes Segen
Ihr

Thomas Rachel MdB
Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

Inhaltsübersicht

- 2 Editorial
- 3 Klimaschutz und sichere Energieversorgung
- 5 Welternährung und Bevölkerungsentwicklung – Krise und Herausforderung
- 10 Wie universal sind Menschenrechte?
- 13 Evangelisches Leserforum
- 14 Aus unserer Arbeit



Gemeinsam handeln für einen wirksamen Klimaschutz und sichere Energieversorgung

*Ole von Beust, Erster Bürgermeister der Stadt Hamburg,
Vorsitzender der Kommission „Bewahrung der Schöpfung: Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz“*

Der Klimawandel ist bereits heute Realität: In der internationalen Klimaforschung besteht kaum ein Zweifel mehr daran, dass die globale Erwärmung voranschreitet, sich beschleunigt und bereits zur Gefahr für die Schöpfung und die Lebenschancen künftiger Generationen geworden ist. Dieser Entwicklung entgegenzusteuern, die Schöpfung zu bewahren und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, sind Kernanliegen christlich-demokratischer Politik.

Vor diesem Hintergrund möchte die CDU-Kommission „Bewahrung der Schöpfung: Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz“ aufzeigen, dass eine nachhaltige Entwicklung gelingen kann, die den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand mit dem Schutz des Klimas und der Umwelt in Einklang bringt.

Gemeinsam handeln: Ein erfolgreicher Klimaschutz erfordert ein weltweit gemeinsames Handeln. Im Rahmen der EU- und G8-Präsidentschaft unter

Führung unserer Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel MdB, ist Deutschland als Impulsgeber aufgetreten bei der Vereinbarung konkreter Ziele zur CO₂-Reduktion, zum Ausbau erneuerbarer Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz. Nach der Klimaschutzkonferenz auf Bali beginnen jetzt erstmalig Verhandlungen mit dem Ziel, dass alle Industrieländer – auch die USA – den Ausstoß von Treibhausgasen vermindern. Und zum ersten Mal haben sich die Entwicklungsländer bereit erklärt – darunter auch die

wirtschaftlichen Schwergewichte Indien und China – sich ebenfalls am Klimaschutz zu beteiligen.

Wesentliche Fortschritte beim Klimaschutz können wir nur durch innovative Lösungen und intelligente technologische Konzepte erreichen. Wir wollen dafür sorgen, dass Deutschland in der Klima- und Energieforschung führend bleibt. Ein effizienter und sparsamer Ressourceneinsatz wird zunehmend auch zum Kosten- und Standortvorteil. Für unsere Wirtschaft, die beim Thema Klimaschutz weltweit mit führend ist, eröffnen sich große Exportchancen und damit die Aussicht auf zukunfts- und krisensichere Arbeitsplätze in Deutschland. Zwei Ziele werden wir dabei nicht aus den Augen verlieren: Zum einen müssen die Energiepreise in Deutschland bezahlbar bleiben und wettbewerbsfähig sein, zum anderen muss Deutschland bei der Energie- und Klimapolitik maßgebend bleiben.

Jeder Einzelne kann hier seinen Beitrag leisten. Es bedarf daher einer besseren Beratung gerade von kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Privathaushalte. Wir wollen daher eine „Effizienzstrategie Mittelstand“ ins Leben rufen, die auf eine verbesserte Aufklärung zielt sowie zinsverbilligte Darlehen und Zuschüsse für Energieeffizienzmaßnahmen bereitstellt.



Deutschland soll bis zum Jahr 2020 den effizientesten Kraftwerkspark der Welt haben. Gleichzeitig wollen wir auf einen breitgefächerten Energiemix aufbauen. Um dies zu erreichen, wollen wir eine „Energiepartnerschaft“ von Energiewirtschaft, Industrie, Verbrauchern und Politik ins Leben rufen.

Städte und Verkehr als zentrale Herausforderungen: Städte sind Brennpunkte des Wirtschaftswachstums – aber auch des Klimawandels. In unseren Städten wird es sich letztlich entscheiden, ob

wir den Klimawandel durch mehr Energieeffizienz und neue Technologien Einhalt gebieten können.

Beispielhaft für eine moderne großstädtische Modellregion möchte der Hamburger Senat mit seinem neuen Klimaschutzkonzept für die Jahre 2007 bis 2012 eine Vorreiterrolle für wirksamen und nachhaltigen Klimaschutz übernehmen. Unser wichtigstes Ziel ist eine drastische Minderung der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2012 um zwei Millionen Tonnen gegenüber 2007. Der Strombezug für städtische Gebäude und öffentliche Unternehmen wird auf eine 100 prozentige Versorgung mit Ökostrom umgestellt. Private Grundeigentümer erhalten Fördermittel für die energetische Modernisierung ihrer Gebäude. Und die Industrie hat sich gegenüber der Stadt zu einer Kohlendioxid-Einsparung von 500 000 Tonnen jährlich bis zum Jahr 2012 verpflichtet.

Klimaschutz kann nur gemeinsam mit den Menschen gelingen. Er ist nur erfolgreich, wenn er bürgernah gestaltet und auch im täglichen Leben praktiziert wird. Deshalb soll eine „Lokale Agenda Klimaschutz“ geschaffen werden, die Klimaschutzmaßnahmen vor Ort unterstützt und fördert.

Durch unser gemeinsames Handeln machen wir deutlich: Klimaschutz und eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung sind gleichermaßen möglich.



Ole von Beust,
Erster Bürgermeister
der Stadt Hamburg,
Vorsitzender der Kommission
„Bewahrung der Schöpfung:
Klima-, Umwelt- und
Verbraucherschutz“

Pressemitteilung vom 23.09.2008

Schnelle humanitäre Hilfe für irakische Christen tut Not

Anlässlich der bevorstehenden Konferenz der Innen- und Justizminister der EU erklären der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB, und die Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften, Ingrid Fischbach MdB:

„Die lebensbedrohliche Situation religiöser Minderheiten im Irak ist unverändert brisant. Die jüngsten Entführungen und Tötungen im Nordirak haben schmerzhaft vor Augen geführt, dass es auch in dieser Region keine Sicherheit für nicht-muslimische Minderheiten gibt.

Ungefähr drei Viertel der irakischen Christen sind vor Entführungen, gewaltsamen Übergriffen, Plünderungen und Mord aus dem Land geflohen. Die meisten von ihnen haben vorübergehende Aufnahme in den Nachbarländern Syrien und Jordanien gefunden. Die Aufnahmestaaten sind mit der massenhaften Zahl an Flüchtlingen jedoch überfordert. Die Lage der geflohenen Christen ist besorgniserregend.

Obwohl der langfristige Erhalt des Christentums an seinem Ursprungsort ein wichtiges Ziel der Bemühungen ist, hat die sofortige humanitäre Not Hilfe für die Flüchtlinge jetzt Priorität. Es muss daher auf europäischer Ebene dringend eine gemeinsame Aufnahmelösung gefunden werden. Falls dies nicht möglich ist, sollte die Bundesrepublik Deutschland ein Zeichen setzen und mit gutem Beispiel vorangehen. Schnelles Handeln tut unbedingt Not.



Welternährung und Bevölkerungsentwicklung – Krise und Herausforderung

| Prof. Dr. habil. Wolfgang Merbach

1. Einführung

Die Steigerung der Agrarproduktion zur Bereitstellung ausreichender Mengen an Nahrungsmitteln und Futtermitteln stand in den vergangenen Jahrzehnten hierzulande wie in vielen anderen reichen Industrieländern nur selten im Blickpunkt der öffentlichen Wahrnehmung oder der Tagespolitik. Zwar trafen sporadische Kampagnen zur Milderung von Hungerkatastrophen und Hilfsprogramme für die 3. Welt in den reichen Industrieländern in der Regel auf große Spendenbereitschaft. Die Tatsache aber, dass weltweit ständig fast eine

Mrd. Menschen an Hunger leiden, drang nur selten in das öffentliche Bewusstsein oder in die Schlagzeilen, und die Billigexporte von bei uns nicht nachgefragten tierischen Produkten (z.B. Export von Hühnerfüßen nach China) in die 3. Welt wurde manchmal sogar als Wohltat angesehen. Eine Produktionssteigerung agrarischer Produkte lag außerhalb der Vorstellung, schien es doch Nahrung in Hülle und Fülle zu geben. Interessant wurde die Landwirtschaft in der Öffentlichkeit der europäischen Industrieländer meist nur dann, wenn es um die Drosselung der „Überproduktion“, die

Flächenstilllegung, die (vermeintlichen) Vorteile des Ökolandbaus, die Agrarsubventionen oder (neuerdings) um den „Biosprit“ aus nachwachsenden Rohstoffen ging. Dementsprechend wurde auch insbesondere in Deutschland die (universitäre) Agrarforschung massiv zurückgefahren¹⁾.

In den Vordergrund des Interesses rückte die Nahrungsmittelbereitstellung (neben der Energie- und Rohstoffdiskussion) erst in den letzten Monaten, als durch rasant steigende Lebensmittelpreise (Tabelle 1) und Hungerrevolten in den armen Ländern der eigene Wohlstand in Gefahr geraten schien²⁾.

Tabelle 1

Preisentwicklung bei einigen Nahrungs- und Futtermitteln (Dollar pro US-Tonne (= 0,907 t) und Rohöl (Dollar/Barrel))

Fruchtart	1980	2008	Anstieg in %
Mais	125,72	220,11	(175)
Weizen	172,73	411,43	(238)
Reis	~ 198 (1985)	484,87	(244)
Soja	~ 250 (2006)	~ 600	(240)
Rohöl (Dollar/Barrel)	16 (2002)	135	(844)

Nun überschlugen sich plötzlich die öffentlichen Verlautbarungen³⁾. Dabei schienen Ursachen und Schuldige für diese Ernährungskrise schnell klar, nämlich die Globalisierung mit ihren „entfesselten“ Marktkräften⁴⁾, die Börsenspekulanten⁵⁾ oder die Nachfrage nach Biosprit⁶⁾.

Die Wirklichkeit ist sehr viel komplizierter. Im Folgenden wird versucht, einige Ursachen der derzeitigen Entwicklung und mögliche Handlungsfelder näher zu beleuchten, wobei angesichts des begrenzten Platzes keine Vollständigkeit zu erreichen und auch nicht beabsichtigt war.

2. Ursachen und Folgen der Lebensmittelverknappung und -verteuerung

2.1. Bevölkerungsentwicklung, Nahrungsmittelproduktion und Unterernährung

Die Ursachen der derzeitigen Nahrungsmittelverteuerung und -verknappung sind vielfältig und sowohl globaler als auch lokaler Natur. Die Haupttriebkraft ist aber das Verhältnis von Bevölkerungszuwachs, Kapazität der Nahrungsmittelproduktion und der wirtschaftlichen Entwicklung in den sogenannten Schwellenländern (z. B. China, Indien, Indonesien, in denen immerhin ca. 40 % der Weltbevölkerung leben).

2.1.1. Bevölkerungszuwachs

Tabelle 2 weist aus, dass sich die Weltbevölkerung in den letzten 35 Jahren fast verdoppelte.

Tabelle 2

Bevölkerungsentwicklung 1970 – 2006

Erdteil	1970 ¹⁾	2006 ²⁾	Zuwachs
	Mio. (%)	Mio. (%)	Mio. (%)
Asien mit Türkei	2104 (57,1)	4010 (60,5)	1906 (64,8)
davon China		1325 (20)	
Indien		1132 (17,1)	
Indonesien		232 (3,5)	
Afrika	350 (9,5)	944 (14,3)	594 (20,3)
Amerika	509 (13,9)	904 (13,6)	395 (13,4)

Erdteil	1970 ¹⁾	2006 ²⁾	Zuwachs
	Mio. (%)	Mio. (%)	Mio. (%)
Europa mit Russland bzw. Sowjetunion	703 (19,1)	733 (11,1)	30 (1,0)
Australien/Ozeanien	19 (0,5)	34 (0,5)	15 (0,5)
Welt gesamt	3685 (100)	6625 (100)	2940 (100)

Gegenwärtig wächst die Bevölkerung täglich um mehr als 210 000 und jährlich um ca. 75 – 80 Mio. Menschen. 2006 standen 130 Mio. Geburten 52 Mio. Sterbefällen gegenüber. Die Lebenserwartung wuchs in den letzten 100 Jahren von 32 auf 67 Jahre, und das heutige Durchschnittsalter (2004) beträgt knapp 28 Jahre. Dabei war der Bevölkerungszuwachs in der Welt höchst unterschiedlich verteilt: Während in den reichen Ländern Europas und außerdem in den ehemaligen Ostblockländern z. T. sogar ein Rückgang auftrat, war die Zunahme in den armen Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Südamerikas besonders hoch.

2.1.2. Entwicklung der landwirtschaftlichen Nutzflächen (LN)

Im Vergleich zur Bevölkerung hat die LN in den letzten 40 Jahren nur um ca. 10 % zugenommen (Tabelle 3).

Tabelle 3

Entwicklung der landwirtschaftlichen Nutzflächen (LN) der Welt und Deutschlands 1961 – 2003

	Welt	Deutschland
	Tha (%)	Tha (%)
1 LN 1961	4486558 (100)	19375 (100)
2 Inanspruchnahme für Siedlung und Verkehr	- 29200 ¹⁾ (0,65)	- 1898 ²⁾ (11,1)
3 Inkulturmaßnahme von Naturflächen (meist Regenwälder)	+516048 (11,5)	-
4 LN 2003	4973406 (110,9)	17008 (87,9)

Dies geschah vor allem durch Rodung und Umbruch von Naturlandschaften insbesondere der tropischen Regenwälder und war somit dem Klimaschutz nicht zuträglich, weil dadurch zusätzliches CO₂ in die Atmosphäre gelangte. Demgegenüber steht in den dicht besiedelten Gebieten eine ständige LN-Abnahme durch „Versiegelung“

(Beispiel Deutschland vgl. Tabelle 3). Daraus folgt, dass zur Ernährungssicherung (gleiche Pro-Kopf-Produktion wie 1960) pro Flächeneinheit die Nahrungsmittelproduktion zu verdoppeln war.

2.1.3. Nahrungsmittelproduktion und Ernährungssituation seit 1970

Diese damals für fast unlösbar gehaltene Herausforderung wurde gemeistert. Die Pro-Kopf-Nahrungsmittelproduktion wurde trotz Verdoppelung der menschlichen Population nicht nur gehalten, sondern verzweifacht, d. h. pro Flächeneinheit (ha) wurde die Erntemenge global gesehen vervierfacht. Dies war vor allem das Resultat der Züchtungsarbeit des

Internationalen Reiserforschungsinstitutes auf den Philippinen (IRRI) und des Internationalen Zentrums zur Verbesserung von Mais und Weizen in den USA

(CIMMYT), die trotz der Befürchtung vieler Gesellschaftswissenschaftler der Industrieländer zu Hochleistungssorten bei Reis, Mais und Weizen führte. Für diese als „Grüne Revolution“ bezeichnete Entwicklung erhielt N.E. Borlaugh den Friedensnobelpreis. Der dadurch hervorgerufene Produktivitätssprung führte dazu, dass z. B. aus den früheren Reismportländern Indien und Indonesien Exportländer wurden (Indonesiens Anstieg des Reisertrages von 1,7 auf 4,4 t/ha), die Lebensmittelpreise weltweit stark absanken, in Asien und Lateinamerika erwartete Hungerkatastrophen ausblieben und eine Basis für den Anstieg der (z. B. lateinamerikanischen bzw. asiatischen) Volkswirtschaften geschaffen wurde. Dies kam aber nur dort voll zum Tragen, wo gleichzeitig ausreichende Düngung erfolgte (Asien 129 kg/ha Gesamtnährstoff), geordnete bzw. relativ stabile politische Verhältnisse und leistungsfähige Infrastrukturen herrschten und die Hauptkulturen eben Reis, Weizen oder Mais waren. Für viele arme Länder trifft das nicht zu.

Beispielsweise werden in den Ländern südlich der Sahara andere Fruchtarten angebaut und kaum gedüngt (11 kg/ha Gesamtnährstoff). Es ist daher kein Wunder, dass zwar die absolute Zahl unterernährter Menschen in der Summe der Entwicklungsländer und noch stärker deren relativer Anteil an der Gesamtpopulation absank (Tabelle 4), jedoch in vielen Ländern wegen mangelnder Infrastruktur bzw. unfähiger, ideologisch geprägter oder korrupter politischer Regimes (z. B. Simbabwe, Nordkorea etc.) der Hunger zunahm und derzeit teilweise mehr als 50 % der Bevölkerung betrifft (Tabelle 4)

Tabelle 4

Entwicklung der Anzahl der unterernährten Menschen (1969 – 2004)

Ländergruppe/ Länder	Anzahl unterernährter Menschen (Mio.)			Anteil Unterernährter an Gesamtbevölkerung (%)		
	69/71	90/92	02/04	69/71	90/92	02/04
Welt gesamt		884,4 ⁴⁾	863,9		16	14
Entwickelte Länder		13,0 ⁵⁾	10,9		2,5	2,5
Entwicklungsländer	963,7	826,6	834,0	37	20	17
davon						
China	386,6	193,6	153,7	46	16	12
Indien	218,3	214,8	209,5	39	25	20
Brasilien	21,7	18,5	13,1	23	12	7
Nordafrika	19,3	5,4	5,9	27	4	4
Indonesien	55,9	16,4	11,8	47	9	6
Südl. Saharalandstaaten	95,0	171,9	216,4	33	33	31
Simbabwe	1,4	4,8	6,0	27	45	47
Nordkorea	5,0	3,6	7,6	34	34	33
Haiti	2,5	4,6	3,8	54	65	46
Tadshikestan	-	1,2	3,5	-	22 ⁶⁾	56

Entgegen vielen öffentlichen Verlautbarungen hat die Unterernährung im globalen Maßstab also nicht zugenommen. Sie konnte durch wissenschaftlichen Fortschritt trotz Bevölkerungsverdoppelung sogar reduziert werden. Verschärft hat sich dagegen der Unterschied zwischen den ärmsten Entwicklungs-, den (neuerdings) wohlhabenderen Schwellenländern und den reichen Industriestaaten.

2.2. Wirtschaftlicher Aufstieg von „Schwellenländern“, veränderte Verzehrsgewohnheiten und Ernteausfälle

Der jetzige Anstieg der Lebensmittelpreise (vgl. Tabelle 1) geht paradoxerweise auf den wachsenden Wohlstand in den Schwellenländern (z. B. China, Indien, aber auch Indonesien, Brasilien u. a.) zurück. Die positive wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder, die u. a. auch ein Ergebnis der Globalisierung ist, erhöhte das Einkommen. In China beispielsweise stieg das Pro-Kopf-Einkommen der Arbeiter und Angestellten von 1995 – 2005 inflationsbereinigt auf knapp das 3-fache und beträgt jetzt ca. 2 000 Euro pro Monat. Damit war ein erhöhter Konsum sog. „veredelter“ (Fleisch, Milch) und anderer hochwertiger Nahrungsmittel anstelle des direkten Verzehrs von Getreide (Reis) verbunden (Tabelle 5).

Der jetzige Anstieg der Lebensmittelpreise geht paradoxerweise auf den wachsenden Wohlstand zurück.

Tabelle 5

Veränderung der Verzehrsgewohnheiten in Indien und China von 1990 – 2005 (1990 = 100 gesetzt)

Nahrungsmittel	Indien	China
Getreide	100	80
Ölpflanzen	170	240
Fleisch	120	240
Milch(produkte)	120	300
Fisch	120	230
Obst	130	350
Gemüse	130	290

Dadurch stieg der Verbrauch an Getreide (Mais, Soja etc.) drastisch an. Dieser Bedarf konnte auf dem Weltmarkt nicht gedeckt werden, zumal 2006 durch Ernteausfälle (Dürre) in Australien weltweit 2,4 % weniger Getreide als in den Vorjahren zur Verfügung standen ⁷⁾. Aber auch die sehr hohe Getreideernte des Jahres 2007 reichte nicht zur Bedarfsdeckung aus. Die Folgen sind alarmierend: Einerseits „explodierten“ die Preise und andererseits fehlte das Getreide als Grundnahrungsmittel für die Bevölkerung der ärmsten Länder.

2.3. Rohstoffpreise

Tabelle 1 weist aus, dass die Rohölpreise seit 2008 auf mehr als das Achtfache gestiegen sind, eine Entwicklung, die sich ungeachtet kurzfristiger Preisschwankungen auf Dauer nicht umkehren wird. Dadurch haben sich auch die Kosten für Benzin, Dünger und Pflanzenschutzmittel stark erhöht. Diese tragen zum Preisanstieg landwirtschaftlicher Produkte wesentlich bei ⁸⁾.

2.4. Flächenkonkurrenz von Energie- und Nahrungspflanzen

Treibstoffherstellung aus Pflanzen (Biodiesel, Agrosprit) gilt als eine Option zur Milderung der Erderwärmung. Während die Verbrennung von Kohle und Erdöl den Gehalt der Atmosphäre an CO₂ erhöht, haben Treibstoffe aus Pflanzen zumindest theoretisch eine ausgeglichene Klimabilanz, weil nur der Kohlenstoff verbrannt wird, der zuvor während der Vegetation durch die CO₂-Assimilation in der Pflanzenbiomasse fixiert wurde. In den USA wird inzwischen bereits ein Drittel der Maisernte zur Ethanolherstellung verwendet, in Brasilien dient dafür das Zuckerrohr. In Tansania lösten Zuckerrohrplantagen zur Spritgewinnung in einigen Fällen den Reisanbau ab. Abgesehen von regionalen Umwandlungen von „Nahrungsflächen“ in „Agrospritflächen“ dürfte der Energiepflanzenanbau

zur Zeit noch nicht wesentlich zum Preisanstieg der Nahrungsmittel beitragen, da er weltweit erst auf ca. 3 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche beziffert wird. Ob es allerdings angesichts der globalen Ernährungssituation (siehe oben) ethisch vertretbar ist, Verheizen von Getreide zu propagieren, darf bezweifelt werden. Gleiches gilt für die (vorläufig ausgesetzte) Beimischungsquote von 10 % Biosprit, weil dies höchstwahrscheinlich auf Kosten von Getreideflächen in der 3. Welt oder des Regenwaldes (Ölpalmenanbau) geschehen wäre.

2.5. Handels- und Finanzpolitik

Die derzeitigen politischen Reaktionen auf den Preisanstieg der Nahrungs- und Futtermittel scheinen von Panik geleitet und daher wenig zielführend. Sie dürften durch die Auslösung einer Spirale des Protektionismus eher zur Verschärfung der Situation beitragen.

Importerleichterungen oder gar – subventionen, wie sie z. B. Nigeria und Marokko praktizieren, dienen durch Verbilligung zwar zur besseren Nahrungsmittelversorgung der eigenen Bevölkerung, führen aber zum Ruin der einheimischen Bauern und verstärken dadurch längerfristig die Unterernährung der 3. Welt. Ähnlich sind die Exportsubventionen der EU zu beurteilen, die zu Billigexporten beitragen. Exportrestriktionen durch erhöhte Ausfuhrzölle oder Exportverbote sowie die staatliche Festlegung von Preisobergrenzen, wie sie derzeit z. B. durch Indien (Reisexport stark gesenkt), Vietnam (11 % Ausfuhrzoll), China (20 % Exportsteuer) und andere Großgetreideerzeugerstaaten gehandhabt werden, halten einerseits die Lebensmittelpreise im Inland niedrig mit den bekannten negativen Folgen für die einheimischen Produzenten und treiben andererseits die Weltmarktpreise nach oben. Allein die Ankündigung Kasachstans über ein Ausfuhrverbot von Weizen erhöhte den Weizenpreis um 20 % ⁹⁾.

Ähnlich wie Exportverbote durch die großen Erzeugerländer sind die Spekulationen durch die Produzenten und Investoren an den Rohstoffbörsen zu werten. Ganz sicher haben sie Anteil am Preisauftrieb von agrarischen Produkten. Dieser Anteil sollte aber angesichts der Nachfrageexplosion nicht überschätzt werden. Man mag Spekulationen mit Nahrungsmitteln aus ethischer Sicht verurteilen ¹⁰⁾, aber sie stellen eine sekundäre Folge des eigentlichen Problems, nämlich der unzureichenden Nahrungsmittelproduktion für die stark wachsende Weltbevölkerung dar.

2.6. Entwicklungspolitik

Die reichen Industriestaaten und ein für den Außenstehenden kaum zu durchschauendes Geflecht von Organisationen und Unternehmen legen mit viel Geld immer neue Hilfsprogramme auf. Abgesehen von Einzelerfolgen erscheint das Resultat der Entwicklungshilfe bisher eher mager. So ist z. B. die Unterernährung in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara gestiegen, obwohl sie bevorzugt Entwicklungsgelder erhielten. Es wäre zumindest zu hinterfragen, ob Nahrungsmittelprogramme, kostenlose Hilfslieferungen o. ä. – abgesehen von Katastrophenfällen – wirklich die eigene Lebensmittelerzeugung der Empfängerländer fördern können, zumal die gesetzlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen oft fehlen¹¹⁾. Die Erfüllung des UN-Millenniumprogramms zur Halbierung der extremen Armut bis 2015 scheint nach dem vorliegenden Bericht der FAO jedenfalls in Frage zu stehen.

3. Mögliche Ansätze zur Bewältigung der Nahrungsmittel- (und Energie)krise

3.1. Erhöhung der Flächenproduktivität

Nach derzeitigen Hochrechnungen wird die Bevölkerungsexplosion in den nächsten Jahrzehnten unvermindert weitergehen, so dass bis 2025 ca. 8 und bis 2050 9 bis 11 Mrd. Menschen erwartet werden, die zudem besser ernährt sein wollen. Politische Ansätze zur Verlangsamung dieser Entwicklung sind außer der Ein-Kind-Strategie Chinas und des wohlstandsbedingten Geburtenrückganges europäischer Industriestaaten nicht in Sicht, zumal Geburtenkontrolle in vielen Kulturkreisen abgelehnt wird. Das bedeutet, dass die Nahrungsmittelproduktion in den nächsten 20 Jahren um mindestens noch einmal 40 % gesteigert und bis 2050 wenigstens verdoppelt werden muss.

Dieses Ziel muss bei gleich bleibender oder sogar sinkender Nutzfläche und unter sich verändernden Klimaverhältnissen erreicht werden, da es außer kleinen Potentialen südlich der Sahara und in Brasilien (Cerrado) keine erschließbaren Flächen mehr gibt¹²⁾, wenn wir nicht weiter in die Naturräume (z. B. Regenwälder) eingreifen wollen, was sich schon aus Klimaschutzgründen verbietet. Selbst, wenn ein weiterer Flächenentzug durch „Versiegelung“ unterbleibt, stünden 2050 nur noch 0,17 ha LN/Kopf zur Verfügung (1950 waren es 0,50 ha LN/Kopf).

Die Ernährung der wachsenden Bevölkerung und die Beseitigung der Unterernährung kann also nur durch die massive Ertragserhöhung pro Flächeneinheit, d. h. durch eine höhere Flächenproduktivität gesichert werden. Gleichzeitig müssen die hohen Ernteverluste durch Schädlinge und Krankheiten durch verbesserten Pflanzenschutz erniedrigt werden. Bedenkt man weiterhin, dass diese Aufgabe die Anpassung an schwierigere Klimabedingungen und zusätzlich den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen zur Energiegewinnung einschließt, so wird die Größe der Herausforderung deutlich. Diese lässt sich nur bewältigen, wenn eine neue „Grüne Revolution“ (next food revolution) stattfindet und zum Tragen kommt¹³⁾.

3.2. Offenheit für wissenschaftlichen Fortschritt und neue Technologien

Voraussetzung dafür ist eine größere Offenheit für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Erforderlich sind u. a. neue Pflanzensorten mit höherer Nährstoffeffizienz, die Hitze-, Trocken- oder Salztoleranz bzw. Krankheitstoleranz besitzen. Dafür benötigt die Züchtung neben den traditionellen Methoden auch die Biotechnologie und Grüne Gentechnik. Ferner werden neue Verfahren der Bewässerung und Wasserspeicherung erarbeitet und die Nachhaltigkeit des Anbaus neuer Nutzpflanzen sowie veränderter Landnutzungsverfahren in Dauerversuchen geprüft werden müssen. Die Forderung nach flächendeckendem Ökolandbau kann wegen dessen hohen Flächenbedarfs (wegen niedriger Erträge wären mehr als

Abgesehen von Einzelerfolgen erscheint das Resultat der Entwicklungshilfe bisher eher mager.

1,1 Mrd. zusätzliche Fläche nötig¹²⁾) global nicht ernsthaft verfolgt werden. Die stark geschrumpfte Agrarforschung muss wieder erweitert und klar am Ziel der Leistungssteigerung orientiert werden. Tabus und Versagenshaltungen, wie sie in den Industrieländern angesichts des vermeintlichen Nahrungsüberflusses vielfach gepflegt werden, sind nicht nur aus praktischer, sondern auch aus sozial-ethischer Sicht und wegen der Sicherung menschlichen Lebens grundsätzlich zu überdenken.

3.3. Sicherung von Nahrung und Energie

Die in letzter Zeit oft strapazierte Alternative „Benzin oder Brot“ ist nicht Ziel führend und zudem zynisch. Beide, Nahrung und Energie, müssen ausreichend sein, wenn Hunger und Armut

verschwinden sollen. Wegen der Endlichkeit fossiler Energiequellen ergibt sich daher zwingend die Notwendigkeit, neben der Steigerung der Nahrungsproduktion alternative Energietechnologien zu erforschen und anzuwenden, auch hier ohne jede Voreingenommenheit oder Tabus. Natürlich gehören hierzu auch der Anbau und die Nutzung von „Energiepflanzen“ oder die Verwertung pflanzlicher Abfälle (Biokraftstoffe der 2. Generation). Dabei müssen sowohl der Flächenbedarf als auch die Verwertung der Pflanzen für Nahrungs- und Energiegewinnung optimiert werden, was wiederum intensive Forschung (siehe 3.2.) und höchste Flächenproduktivität (3.1.) voraussetzt.

Aus Gründen der globalen Gerechtigkeit sollten die Bewohner der Industrieländer ihre Verzehrgewohnheiten und ihren Energieverbrauch im Sinne eines bescheideneren Lebensstils überdenken. Man kann nicht den Chinesen, Indern oder Nigerianern vorenthalten, was man sich selbst gönnt!

3.4. Chancen angemessener Agrar- und Lebensmittelpreise

Wegen der hohen Nachfrage infolge des Bevölkerungszuwachses und der hohen Rohstoff- und Energiepreise werden die Lebensmittelpreise voraussichtlich langfristig weiterhin hoch bleiben. Für die Produzenten von Agrargütern hat das durchaus Vorteile. Sie erzielen höhere Erlöse und könnten vielleicht (wieder) kostendeckend produzieren. Die Attraktivität der Flächennutzung steigt, und es könnte zur Wiederbelebung ländlicher Regionen kommen. Staatliche Subventionen und Schutzzölle könnten entfallen und damit auch die „Kollateralschäden“, die die Agrarsubventionen in den Industrieländern durch Billigexporte in der 3. Welt anrichten. So könnte eine eigenständige agrarische Produktion in den armen Ländern Platz greifen.

Auch für die meisten Verbraucher in den reichen Industrieländern wären die jetzigen Lebensmittelpreise kein Unglück, da infolge des Preisverfalls in den letzten Jahrzehnten in vielen Haushalten nur 10 % des Etats für Nahrungsmittel ausgegeben wurden (1960 waren es 30 %).

Für die meisten Bewohner der armen Entwicklungsländer aber bedeuten die hohen Agrarpreise derzeit eine Hungerkatastrophe. Hier fordern inzwischen auch Politiker Direktzahlungen an die Betroffenen bzw. Gutscheine zur Verbilligung von Lebensmitteleinkäufen, wie sie früher bereits in den USA oder Sri

Lanka praktiziert wurden¹⁴⁾. Dies könnte Bestandteil von kurz- und mittelfristigen Übergangslösungen bis zur Eigenversorgung der entsprechenden Länder sein. Hieran sollte sich die Entwicklungshilfe der reichen Länder orientieren.

3.5. Verhinderung von Protektionismus und Sicherung der Transparenz von Börsengeschäften

Die derzeitige Lebensmittelknappheit sollte nicht zur Abschottung der Märkte durch Einfuhrzölle, Exportsteuern und -verboten, Subventionen und staatliche Höchstpreise verleiten. Dieser Protektionismus führt zur Verzerrung bzw. Erhöhung der Preise, erhöht das Hungerrisiko und hemmt die Eigenproduktion. Hier sollten faire Welthandelsordnungen angestrebt und erreicht werden. Ebenso sollten Termingeschäfte und Spekulationen transparenter gestaltet und durch die Öffentlichkeit besser kontrolliert werden können. Aus ethischer Sicht sind Nahrungsmittelspekulationen ohnehin suspekt, vor allem angesichts des Grades der Unterernährung in den ärmsten Ländern der Erde.

3.6. Förderung der Eigenproduktion von Nahrungsmitteln in Entwicklungsländern

Ziel jeglicher Entwicklungspolitik muss Hilfe zur Selbsthilfe sein. Das bedeutet, dass Nahrungsmittellieferungen nur in Katastrophenfällen Berechtigung haben und ansonsten unterlassen werden, weil sonst die Entwicklung der Eigenproduktion gehemmt wird. Im Vordergrund sollten Infrastrukturprojekte, die Erhaltung der Sicherheit von Investitionen o. ä. stehen. Eine Grundvoraussetzung für den Erfolg solchen Vorgehens ist allerdings die Schaffung langfristig stabiler Rahmenbedingungen durch eine sachorientierte, nicht ideologisch motivierte Politik¹¹⁾. Die Entwicklungshilfe wäre in diesem Sinne zu überdenken und zu modifizieren. Subventionen und Billigimporte sollten unterlassen werden.

4. Zusammenfassung

In letzter Zeit stiegen die Lebens- und Futtermittelpreise drastisch, und es kam zu Hungerrevolten in armen Entwicklungsländern. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Haupttriebkraft ist das Missverhältnis zwischen dem Bedarf der explosionsartig anwachsenden Weltbevölkerung und der Höhe der Nahrungsmittelproduktion. Zwar ließ sich in den letzten vier Jahrzehnten durch die sog. „Grüne Revolution“ die Unterernährung trotz

Verdopplung der Weltbevölkerung im globalen Maßstab etwas mildern. Jedoch führten die wachsenden Einkommen in verschiedenen, bevölkerungsreichen Schwellenländern zu einem enormen Konsumanstieg an hochwertigen, veredelten Lebensmitteln und einem „Sog“ der Nahrungs- und Futtermittel in diesen Staaten. Die Folgen waren Preisanstieg für Agrarprodukte und akuter Nahrungsmangel in den ärmsten Regionen. Zur Verschärfung der Situation haben hohe Rohstoffpreise, Ernteaufschläge durch Trockenheit (2006 in Australien), Protektionismus der Industrie- und Erzeugerstaaten, Börsenspekulationen und lokal auch Flächenkonkurrenz mit Energiepflanzen beigetragen.

Da sich der Bevölkerungszuwachs nach allen Schätzungen in den nächsten Dezennien unvermindert fortsetzen und bis 2050 eine Population von 9 bis vielleicht auch 11 Mrd. Menschen erwartet wird, andererseits aber keine zusätzlichen landwirtschaftlichen Nutzflächen zur Verfügung stehen werden, ist die Sicherung

der Ernährung und außerdem eines Teiles des Energiebedarfes nur durch eine drastische Steigerung der Flächenproduktivität auf das Doppelte des jetzigen Niveaus erforderlich, und dies unter wahrscheinlich stark veränderten klimatischen Bedingungen. Diese gewaltige Herausforderung lässt sich nur dann meistern, wenn alle Möglichkeiten des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes genutzt, leistungsfähige Agrarwissenschaften (wieder) aufgebaut, wirtschaftlicher Protektionismus durch eine faire Welthandelsordnung verhindert und die Entwicklungshilfe strikt auf Hilfe zur Selbsthilfe konzentriert wird. Die Beibehaltung nationaler oder regionaler Egoismen und leistungsfeindlicher Vorbehalte könnte zum Scheitern aller Bemühungen führen und Verteilungskriege um Nahrung und Energie auslösen. Insofern ist eine global wie regional ausreichende Versorgung aktive Friedenssicherung. Nicht von ungefähr hat der „Erfinder“ der „Grünen Revolution“ den Friedensnobelpreis verliehen bekommen.

Quellenangaben:

Tabelle 1: USDA-Infografik „Die Welt“ 25.04.2008, Thomson Financial Datastream

Tabelle 2: 1) K. Witthauer, Bevölkerungszahlen im Wandel, Hermann-Haak-Verlag Gotha 1971

2) Population Reference Bureau 2007 – World Population Data Sheet, Stand 25.6.2008

Tabelle 3: LUFA Speyer, IOSDV-Sommertagung Juni 2008

1) Annahme 2000 ha/Tag, wahrscheinlich zu niedrig geschätzt

2) 130 ha/Tag

Tabelle 4: FAO-Statistics Division 2007 (UN country groups) 1) 1993/95

Spendenstand

Seit dem 1. Januar 2008 haben insgesamt 169 Spender 10 654,00 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:
Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,
Konto-Nr. 266 098 300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: www.eak-cducsu.de

Tabelle 5: FAO, aus FAZ-Sonntagszeitung 20.04.2008, verändert

1) vgl. Evaluierung der Agrarwissenschaften durch den Wissenschaftsrat 2006/07

2) Titelseite Spiegel 24/2008: „Angriff auf den Wohlstand“

3) Spiegel 18/1008: „Kultur des Todes“
D. Strauss-Kahn, IWF: Hunderttausende werden des Hungers sterben; MAZ Potsdam: „Hungersnot im Ausmaß eines Tsunamis befürchtet“

4) Attac (frz.für: Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger: Verein von Globalisierungsgegnern mit 90000 Mitgliedern, davon in Deutschland 18500); „Die Globalisierung zeigt ihre hässliche Fratze“

5) Spiegel 24/2008: „Die Preistreiber“

6) Idea-Spektrum: 21/2008 „Wo das „tägliche Brot“ im Tank landet“; A. Chakraborty: Biofuel caused for food crisis, Guardian 4. 7. 2008

7) v. Petersdorff: Die teuren Früchte der Globalisierung; FAZ-Sonntagszeitung 20.4.2008

8) E. v. Baer, Proceedings 12. Internat. Lupin Conference Fremantle, Australia 2008, pp. 71-74

9) vgl. M. Dowodeit: Politik, die Hunger produziert, Welt am Sonntag 16/2008 v. 20.4.2008

10) Idea-Spektrum 21/2008 v. 21.5.2008, S. 17

11) vgl. D. Signer: Entwicklungshilfe zwischen Anmaßung und Aufopferung, Weltwoche (Zürich) 45/2007:

12) N.E. Borlaugh: Challengers facing Crop Scientists in the 21st Century, 2007; Cicero 7/2008, S.65

13) D. Maxeiner: Die Next Food Revolution, Cicero 7/2008, S. 66 – 69; M. Miersch: Mutter Natur ist Gentechnikerin, Weltwoche (Zürich) 41, 2007

14) W. Lachmann, Universität Erlangen-Nürnberg, zit in idea-Spektrum 21/2008, S.18



Dr. habil.
Wolfgang Merbach,
war Professor für „Physiologie und Ernährung der Pflanzen“ an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und ist Mitglied im Bundesvorstand des EAK der CDU/CSU



Wie universal sind *Menschenrechte*?

| Günter Nooke

Der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, Günter Nooke, mahnt zum 60. Jubiläum der „Declaration of Human Rights“, an der Idee der universal geltenden Menschenrechte unbeirrt festzuhalten.

Am 4. Juni 2008 sagte der Präsident der 63. UNO-Generalversammlung, Pater Miguel d'Éscato Brockmann, katholischer Priester und gleichzeitig außenpolitischer Berater mit Ministerrang des Staatspräsidenten von Nicaragua, Daniel Ortega: „Neben der vorrangigen Behandlung des Kampfes gegen

Hunger und Armut in der Welt und der Demokratisierung der Vereinten Nationen werden wir die Fragen des Klimawandels, der Energiekrise, des Terrorismus, der Menschenrechte, der Abrüstung und nuklearen Kontrolle, den Rechten der Frauen und Kinder, sowie der Erhaltung der Vielfalt an Arten und Kulturen ganz besondere Aufmerksamkeit schenken.“ Das ganz fundamentale Thema der Menschenrechte wird im 60. Jahr der Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte am 10. Dezember 1948 in den Vereinten Nationen von zwei Seiten bedroht – entweder wird es fast nebensächlich, wie in der obigen Aufzählung,

ob des allgemein positiven Klangs mit genannt, oder es wird alles, was uns wünschenswert erscheint, zu einem Menschenrecht erklärt. Beides wird der fundamentalen Bedeutung elementarer Menschenrechte, diesem Grundpfeiler der VN-Architektur, nicht gerecht.

Seit der Wiener Menschenrechtskonferenz 1993 ist es üblich, von der Universalität, der Unteilbarkeit und der Interdependenz aller Menschenrechte zu sprechen. Damit sind nicht nur die bürgerlichen und politischen auf der einen Seite und die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte auf der

anderen Seite gemeint, sondern auch die Menschenrechte der so genannten dritten Generation. „Kollektive Menschenrechte“, wie das Recht auf Frieden (dafür gibt es das Völkerrecht), das Recht auf Entwicklung (darum müht sich die Entwicklungszusammenarbeit), oder das Verbot, religiöse Gefühle zu verletzen (Diffamierung des Islam), gefährden den Universalitätsanspruch, weil hier der Schutz von Menschenrechten den Interessen von Gruppen beliebig untergeordnet werden kann und wird.

In meiner Tätigkeit als Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe seit zweieinhalb Jahren ist mir sehr deutlich geworden, welche Risiken sich im menschenrechtlichen Reden über alles und nichts verbergen. Wie zu Zeiten der Blockkonfrontation zwischen Ost und West ist auch heute Menschenrechtspolitik zuerst Politik, also Machtpolitik. Es wäre naiv, sich darüber nicht bewusst zu sein. Man kann die Debatte um Menschenrechte nicht entpolitisieren, weil selbstverständlich politische Interessen dabei eine wichtige Rolle spielen. Aber man kann versuchen, sie ehrlich und aufrichtig zu führen. Das heißt, sich zuerst der Widersprüchlichkeiten und Probleme bewusst zu sein, eigene Interessen offen zu legen und von anderen nicht Unmenschliches zu verlangen, sondern ihnen Zeit für eigene Entwicklung und Erkenntnisse zu geben.

Menschenrechte sind vorstaatliche Rechte, die jeder Mensch unabhängig von seiner Herkunft, seiner physischen oder psychischen Verfasstheit und den Umständen, unter denen er lebt, besitzt. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es in Artikel 1: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ Das ist der erste harte Kern: Menschenrechte gelten universal oder sie gelten nicht. Wir sind davon überzeugt, dass es solche Rechte für alle Menschen gibt. Deshalb können wir uns nicht auf Kompromisse einlassen und verklärende statt erhellende Formulierungen erfinden, die grundsätzlich verschiedene Positionen zudecken oder bei denen wir unsere eigenen Überzeugungen verraten. Es ist auch eher beunruhigend, wenn dieses unmerklich und schleichend über Jahre hinweg auf dem internationalen Parkett geschieht. Resolutionen, die unsere roten Linien überschreiten, zwingen dazu, alle diplomatische Zurückhaltung aufzugeben und Klartext zu reden, selbst wenn

dafür keine Mehrheiten mehr bestehen. Aber die Frage ist nicht neu und auch zu den erwähnten früheren Zeiten gab es die wenig überzeugende Antwort: Lieber rot als tot. Doch die Geschichte hat gezeigt: Das Festhalten an den eigenen Werten lohnt sich. Es ist also nichts Neues, die Freiheit zu verteidigen. Die Frage stellt sich nur immer wieder in neuer Form. Wenn wir heute an der Universalität der Menschenrechte festhalten, und ich bin zutiefst überzeugt, dass wir dies unbedingt tun sollten, dann verteidigen wir die Freiheit jedes einzelnen Menschen.

Nun wissen wir aber auch, dass es nicht leicht ist, diese Freiheit zu nutzen, wenn sie ein abstraktes Versprechen bleibt. Es ist z. B. ein wichtiges Recht, frei wählen zu können. Aber wem ist geholfen, wenn er auf dem Weg zur Wahlurne verhungert? Deshalb erstreckt sich die Verantwortung des Staates über die Sicherung der bürgerlichen Freiheitsrechte und politischen Beteiligungsrechte hinaus auch auf elementare wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Juristen könnten hier schon geltend machen, dass solche Rechte sich nur schwer in einen Grundrechtskatalog einordnen lassen, wenn damit gleiche Individualansprüche wie bei den Freiheitsrechten gemeint sein sollen. Ich möchte aber hier gerade keinen menschenrechtlichen Unterschied machen und an der Unteilbarkeit aller Menschenrechte festhalten, wenn es um diese zweite Generation, die so genannten WSK-Rechte, geht.

Aber hier öffnet sich ein weiterer Abgrund der Menschenrechtsdebatte, denn eigentlich ist die Rede von elementaren Menschenrechten politisch inkorrekt. Doch sowohl für die politische Auseinandersetzung als auch für die Relevanz für jeden einzelnen Menschen bestehen sehr wohl Unterschiede zwischen den verschiedenen Rechten der auch schon vor 60 Jahren politisch ausgehandelten Menschenrechtserklärung. Es gibt eine offensichtliche Abstufung vom Recht auf Leben über das Recht auf eine würdiges Leben, wozu ganz sicher das Folter- und Sklavereiverbot gehören, bis hin zum Recht auf ein gutes Leben, wozu vielleicht doch eher der bezahlte Urlaub zählt. Es ist leichter zu behaupten, alle Menschenrechte seien gleich wichtig und gleichwertig, als daran zu glauben oder es gar wissenschaftlich zu beweisen.

Doch auch soziale Rechte, wie die auf Nahrung, Gesundheit und Bildung, würde ich als elementar bezeichnen. Hierbei ist aber Folgendes zu beachten: Diese sozialen Rechte können, wie übrigens auch die politischen, nicht alles beinhalten, was Menschen sich in Deutschland oder anderswo gerne wünschen. Wie sollten solche Wünsche global erfüllt werden, wenn kein Staat da ist, der das leisten kann. Ein Grundproblem der politischen Auseinandersetzung besteht darin, dass kaum jemand sagen kann und noch weniger sagen will, wie viel Nahrung, wie viel Gesundheitsversorgung und wie viel Bildung zur elementaren Bedürfnisbefriedigung notwendig sind und wann gutes oder gar Luxusleben beginnt. Hier sind die Perspektiven von hungernden Menschen in Äthiopien und Hartz IV-Empfängern in Deutschland offensichtlich sehr verschieden. Dennoch sollten wir auch diesen Debatten nicht ausweichen. Für den Diskurs über die Universalität der Menschenrechte können aber Forderungen nach besonders weitgehenden sozialen Rechten sehr gefährlich sein, weil damit eben nicht mehr elementare Menschenrechte, die weltweit für alle gelten, sondern spezielle Politikziele – und seien es die edelsten der Vereinten Nationen – verbunden werden. Politisch halte ich es für unverzichtbar, zuerst an der Universalität festzuhalten, statt zu viel zu wollen und am Ende nichts mehr zu behalten. Deshalb sollten wir von Deutschland und der Europäischen Union aus die internationale Auseinandersetzung um Menschenrechte nicht so führen, dass wir uns immer weiter um eine Erweiterung des Katalogs sinnvoller oder oft auch sehr unsinniger Menschenrechte (Menschenrechte für Menschenaffen) bemühen; teilweise mit dem Ziel uns bei anderen, vor allem in Entwicklungsländern, beliebt zu machen. Viel wichtiger ist es, überhaupt die Idee universal geltender Menschenrechte zu retten. Damit ist nicht eurozentristischer Hochmut gemeint, sondern – davon bin ich überzeugt – das Hauptanliegen glaubwürdiger deutscher und europäischer, wer-tegeleiteter Außenpolitik überhaupt. Sie und nur sie hilft wirklich langfristig, dass Menschen weltweit würdig, in Frieden, in stabilen Verhältnissen und letztlich hoffentlich auch in sozialen und demokratischen Rechtsstaaten leben können.

Warum diese Idee der Universalität gefährdet ist, lässt sich an vielfältigen Beispielen zeigen. Eine besteht in den Mehrheitsverhältnissen in den Vereinten Nationen. Wenn ein-gangs von der Demokratisierung der UNO die Rede war, so muss das nicht positiv



für die Menschenrechtsidee ausgehen. Im UN-Menschenrechtsrat in Genf finden die Menschenrechtsüberzeugungen der EU-Staaten regelmäßig nur etwa ein Viertel oder ein Drittel Unterstützer.

Besonders kritisch sehe ich aber, dass es kaum ein Interesse gibt, überhaupt die wesentlichen Menschenrechtsverletzungen in der Welt zu benennen. Souveräne Staaten mit einer schlechten Menschenrechtsbilanz kritisieren nicht gern andere Staaten aus

Furcht, ihnen könnte Ähnliches widerfahren. Auch das Argument der Einmischung in die inneren Angelegenheiten ist aus vergangenen Zeiten gut bekannt und immer noch so falsch wie damals. Aber das bedeutet auch, wir sollten anerkennen: Ohne stabile Staaten ist kein Menschenrechtsschutz möglich. Der Einzelne muss nicht nur vor Übergriffen des Staates geschützt werden, sondern er braucht auch den Staat, der ihn vor Verbrechen anderer schützt. Wer also meint, dass unsere Art zu leben die einzig

richtige sei, kann sehr schnell funktionierende Gemeinschaften destabilisieren. Es ist eben nicht einsichtig, warum es überall ein Recht auf Abtreibung oder Adoption von Kindern für gleichgeschlechtliche Partner oder Auswüchse europäischer Individualismus-Vergötzung geben sollte. Trotzdem sollten wir uns einig sein: Hände Abhacken für kleine Diebstähle, Todesstrafe für Religionswechsel, Todeschüsse auf friedliche Demonstranten, die ihre Reisschüsseln umdrehen, um auf ihre verzweifelte soziale Lage aufmerksam zu machen, jahrelange Haft ohne Gerichtsverfahren und auch Folter mit guter Absicht darf es nicht geben. Das sind elementare Menschenrechtsverletzungen. Leider kommt das alles vor, leider nicht nur bei anderen.

Wir dürfen als Christen auch ganz offen über den Splitter in unserem Auge reden, bevor wir den Balken im Auge der anderen benennen. Aber an der Idee universal geltender Menschenrechte müssen wir festhalten. Als Christen berufen wir uns dabei auf die Menschenwürde, die in der Gottebenbildlichkeit des Menschen ihren letzten, transzendenten Grund hat.



Günter Nooke,
Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe

Delegiertentreffen am 30.11.2008

*anlässlich des 22. Parteitages der CDU Deutschlands,
1./2.12.2008 in Stuttgart*

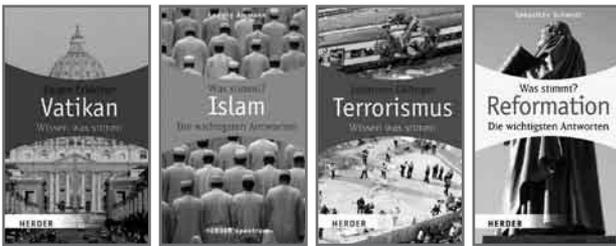
Jetzt anmelden
„Freiwilligenkampagne 2009“
unter www.cdu.de.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) lädt herzlich zu seinem diesjährigen Delegiertentreffen ein:

Sonntag, 30. November 2008,
18.00 – 19.30 Uhr
im NH Stuttgart-Airport
(Raum ausgewiesen mit: CDU/CSU Evang. Arbeitskreis),
Bonländer Hauptstraße 145,
70794 Stuttgart-Filderstadt.

Der EAK ist am 1./2. Dezember 2008 mit einem Informationsstand (Messehalle C2) auf dem 22. Parteitag der CDU Deutschlands in Stuttgart vertreten.
Tagungsanschrift: Messe Stuttgart | Messepiazza 1 | 70629 Stuttgart





Johannes Dillinger: **Terrorismus**

Ludwig Ammann: **Islam**

Jürgen Erbacher: **Vatikan**

Sebastian Schmidt: **Reformation**

Herder Verlag Freiburg/Basel/Wien 2007+2008

ISBN 978-3-451-05985-8 (Vatikan), 978-3-451-05736-6 (Islam),
978-3-451-05866-0 (Terrorismus), 978-3-451-05893-6 (Reformation)

Je ca. 130 Seiten, 7,90 EUR

In dieser neuen Taschenbuch-Reihe des Herder Verlages wird zu zentralen Themen aus Gesellschaft, Religion, Kultur, Geschichte und Politik kompetent, allgemeinverständlich und kompakt informiert. Getreu dem Motto dieser Reihe („Wissen was stimmt“) wird dem Wissenshunger eines immer größer werdenden Interessentenkreises nach möglichst knappen und präzisen Überblicksdarstellungen Rechnung getragen, ohne dass es dabei zu inhaltlichen Verkürzungen oder Verzerrungen kommt. Die Bände dieser Reihe sind hervorragend geschrieben, klar gegliedert und mit hilfreichen und lesefreundlichen Marginalien versehen. Die Reihe schließt eine Lücke auf dem Büchermarkt und dient im besten Sinne des Wortes der Aufklärung einer breiten Leserschaft, indem Halbwissen und Vorurteile zu einschlägigen Sachgebieten ausgeräumt werden. Der Preis ist äußerst erschwinglich und entspricht vollauf der Gesamtkonzeption. Ebenfalls besonders zu empfehlen sind: „Die Bibel“ (ISBN 978-3-451-05955-1), „Das Judentum“ (ISBN 978-3-451-05796-0), „Die Freimaurer“ (ISBN 978-3-451-05964-3) und „Die Hexen“ (ISBN 978-3-451-05868-4).

Empfehlung ★★★★★



Werner Thiede:

Esoterik und Theologie –

Eine gegenseitige Herausforderung

Evangelische-Verlagsanstalt, Leipzig 2007

ISBN: 978-3-374-02481-0

103 Seiten, 16,80 EUR

Einer neuen Umfrage zufolge interessiert sich mittlerweile fast jeder zweite Deutsche für sogenannte „esoterische“ Fragen. Werner Thiede zeigt auf, wie vielfältig die Herausforderungen durch den wachsenden Esoterik-Boom vor allem auch für die zeitgenössische Theologie und Kirche sind. Auf rund 100 Seiten wird der „Versuch einer Verhältnisbestimmung“ zwischen Theologie und Esoterik vorgenommen, der es versteht, wichtige Schneisen in das Thema zu schlagen. Es wird gezeigt, dass Esoterik nicht nur ein Phänomen von außen ist, sondern dass es auch in kirchlich-theologischen Kontexten selbst (übrigens von den Anfängen an) zahlreiche (wohlverstandene) Verflechtungen

Bernd Siggelkow/Wolfgang Büscher:
Deutschlands sexuelle Tragödie – Wenn Kinder nicht mehr lernen, was Liebe ist

Gerth Medien, München 2008

ISBN 978-3-86591-346-3

187 Seiten, 14,95 EUR

Es sind, wie es Prof. Dr. Thomas Schirmacher im Vorwort zu diesem Buch treffend beschrieben hat, „erschütternde Lebensgeschichten junger Menschen“, die hier geschildert werden. Sie geben Einblicke in Verhältnisse, die für die meisten Leserinnen und Leser wohl schier unvorstellbar sein dürften und die der Rede von einer zunehmenden „sexuellen Verwahrlosung“ unserer Gesellschaft eine zutiefst beunruhigende, weil authentische und reale Anschauung verleihen: Jana (14 Jahre) beispielsweise, die mit 12 zum ersten Mal mit einem Jungen geschlafen hat und bei der Verhütung kleingeschrieben wird, schaut sich mit ihrer Mutter häufig gemeinsam Pornos an, um „neue Stellungen“ kennenzulernen. Sie hat seit kurzem einen 40 Jahre alten Freund. Die Mutter findet das toll, da der ja auch viel jünger aussieht und obendrein sehr nett ist! Jessie (17 Jahre) erzählt stolz, dass sie schon mit 51 Jungs geschlafen hat und dass sie sogar schon einmal mit ihrer Mutter zusammen Sex mit zwei Jungs von 15 und 17 Jahren gehabt hat. Felix (20 Jahre) aus Marzahn, dem im Laufe seines Lebens immer wieder neue „Väter“ vorgestellt wurden, hat auch schon so einiges erlebt. Nun ist er seit längerem mit der Ex-Prostituierten Manu zusammen und will Psychologie studieren. – Den Autoren geht es darum, der „Tragödie ein Gesicht“ (S. 16) zu geben, so wie sie sich tagtäglich und seit Jahren vor den Augen der Mitarbeiter des christlichen Kinder- und Jugendwerkes „Die Arche“ in Berlin-Hellersdorf abspielt. Es ist ein großes Verdienst dieses Buches, dass es nicht im Voyeuristischen stecken bleibt, sondern versucht, die tieferen Ursachen zu ergründen. Die einzelnen Abschnitte sind mit hilfreichen, kommentierenden Kurzanalysen versehen. Das Buch, so düster sein Inhalt auch ist, will Wachrütteln und zum rechtzeitigen Gegensteuern und Handeln motivieren: „Wenn in zehn Jahren Tausende von Erwachsenen in unserem Land leben, die alle Formen der sexuellen Perversion ‚durchhaben‘, deren Seelenleben aber auf der Strecke geblieben ist, dann werden wir unser Handeln bzw. Nichthandeln in der Vergangenheit verurteilen.“ (S. 185)

Empfehlung ★★★★★

und Überschneidungen gibt. Insofern dient dieser Beitrag nicht zuletzt auch dem Nachdenken bzw. der Wiederentdeckung einer theologisch verantworteten Esoterik, die sich auf die eigenen „Mysterien des Glaubens“ und die Quellen der eigenen „Spiritualität“ angemessen zurückbesinnt. Im Sinne Reinhard Hempelmans wird deutlich: „Esoterische Religiosität erinnert die Kirchen an die Notwendigkeit ihrer eigenen religiösen Profilierung.“ Sehr lesenswert!

Empfehlung ★★★★★

Erziehungskompetenz stärken

Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Baden-Württemberg mit Kultusminister **Helmut Rau** im Alten Schloss in Stuttgart

„Kinder und Jugendliche sollen die Chance haben, als ein mit allen Rechten und Pflichten ausgestattetes Mitglied des Gemeinwesens an diesem auch teilzuhaben“, forderte der EAK Baden-Württemberg während der diesjährigen Landestagung im Stuttgarter Alten Schloß. Daher bedürfe es der Erinnerung und des dringenden Appells an die grundgesetzlich und ethisch begründeten Verantwortung der Eltern, solches ihren Kindern zu ermöglichen und zu vermitteln. Allzu oft könnten und wollten sie dies heute aus den unterschiedlichsten Gründen nicht mehr in dem Maße leisten, in dem sie gefordert sind. In diesem Fall müsse der Staat aber Chancen- und Leistungsgerechtigkeit gewährleisten und die Bildungs- und Erziehungskompetenz der Verantwortlichen im Elternhaus und Schule stärken und neue Wege gehen.

Mit diesen Forderungen hat der EAK Baden-Württemberg auf seiner aktuellen Landestagung in Stuttgart mit dem Thema „Zu Erziehung bilden – zu Bildung erziehen“ den Fokus der derzeitigen Bildungsdebatte um wesentliche Gesichtspunkte erweitert. Getragen von der gemeinsamen Sorge um die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens und an Stelle einer verkürzten Struktur- und Bildungsdebatte, die sich – wie die PISA-Untersuchung – oft genug nur mit dem messbaren Wissen und Wissenszuwachs der Kinder und Jugendlichen beschäftigt, richteten sich die Beiträge von Kultusminister Helmut Rau MdL, Oberkirchenrat Professor Dr. Christian Schneider-Harpprecht und Professor Dr. Martin Weingardt von der PH Ludwigsburg.

Kultusminister Helmut Rau mahnte die Bildungs- und Erziehungskompetenz aller an. Das oberste Gebot sei die Stärkung des Selbstwertgefühls und des Zutrauens der Kinder und Jugendlichen. Dem könne nur ein ganzheitlicher Bildungsansatz genügen, der Haltungen, Einstellungen und Werte, wie Verantwortung, Verständigungsbereitschaft, Gemeinschaftssinn oder Durchhaltevermögen vermitteln. Dazu bedürfe es enormer Anstrengungen aller Beteiligten. Die Landesregierung habe daher mit 550 Millionen Euro ein Bildungsprogramm für die



v. l. n. r.: Pfarrer Johannes Bräuchle, Hannelore Laukemann, Klaus Schirmmacher, Kultusminister Helmut Rau MdL, Sabine Kurtz MdL, OKR Prof. Dr. Christof Schneider-Harpprecht, Prof. Dr. Martin Weingardt, Apostolos Milionis, Dr. Martin Schmid

nächsten 4 Jahre initiiert, das die frühkindliche Bildung und eine Qualitätsinitiative an den Schulen umfasse. Der Lebensraum Schule müsse den erziehungsverantwortlichen Eltern eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Es gebe daher bereits über 1.000 Ganztageschulen. Darüber hinaus bedürfe es der Einbindung einer Vielzahl anderer gesellschaftlicher Kräfte. Kirchliche Gruppen und Vereine seien zur Kooperation aufgefordert. Eltern dürften aber aus ihrer Verantwortung nicht entlassen werden. Ein afrikanisches Sprichwort besage zu Recht, „um ein Kind zu erziehen, braucht es ein ganzes Dorf.“

Kontrovers diskutierte Minister Rau das aktuelle Perspektivpapier „Freiheit, Gerechtigkeit und Verantwortung“ der beiden evangelischen Landeskirchen in Baden und Württemberg. Insbesondere die Forderung nach einem längeren gemeinsamen Lernen bis zur 10. Klasse und die flächendeckende Einführung der Ganztageschule lehnte der Minister ab. Er plädierte für eine bedarfsorientierte Ausweitung der Ganztageschule, die den Eltern- und Lehrerwillen vor Ort respektiere. Auch erinnerte Rau daran, dass die Einheitsschule in anderen Ländern wie Schweden bisweilen zu enorm hohen Schulabbrecherquoten führt.

Die Ausführungen des Kultusministers unterstrich Professor Dr. Schneider-Harpprecht aus Karlsruhe, indem er an die grundlegend richtigen Ansätze des bundesweiten Bündnisses für Erziehung anknüpfte. Er erinnerte daran, dass nach christlichem Verständnis jeder für Gott unendlich wertvoll ist, ohne etwas dafür zu können.

Dies sei die Grundlage für das notwendige Handeln. Die Vermittlung einer verbindlichen Orientierung durch Werte und soziale Regeln sei elementare Voraussetzung für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die soziale Mitte sei und bleibe die Familie. Das Bündnis stärke und befähige zur Verantwortung der Erziehenden und fördere Vernetzungen mit sozialen Orten der Betreuung, Bildung und Beratung.

Der Forderung nach einer flächendeckenden Einführung der Ganztageschule wollte auch Professor Dr. Weingardt von der PH Ludwigsburg nicht folgen. Ferner mahnte er an, den Fokus auf Werteerziehung, Nachhaltigkeit, Vorbildfunktion und Vermittlung von Haltungen zu richten. Das Erfordernis sozialer Kompetenz werde in Studien, wie PISA, bewusst verschleiert. Erziehung zur Bildung bedeute die Erzielung der Selbstbildungsfähigkeit. Eine solche Erziehung und Sozialisationsleistungen seien wesentliche Qualitätsmerkmale der guten Schule. Die Hauptschule müsse um der Chancengleichheit willen seines Erachtens erhalten bleiben.

Die sich anschließenden Neuwahlen des Vorstandes erbrachte die überzeugende Wiederwahl von Hans-Michael Bender, der dem Verband schon sechs Jahre vorsitzt und seit geraumer Zeit auch stellvertretender EAK-Bundesvorsitzender ist. Als Stellvertreter wurden gewählt: Hannelore Laukemann, Martina Sturm, Klaus Schirmmacher und Peter Schuster. Das beste Ergebnis bei der Beisitzerwahl erzielte Apostolos Milionis, der wie Bender auch im EAK-Bundesvorstand mitarbeitet.

EAK-Hannover diskutiert über christlichen Glauben und Parteipolitik

Zur Diskussionsveranstaltung zum Thema „Christlicher Glaube und parteipolitische Realität – eine kritische Verbindung“ begrüßte der EAK-Hannover unter der Leitung seines Vorsitzenden, **Klaus Malottke**, den Direktor des Sozialwissenschaftlichen Institutes der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), **Prof. Dr. Gerhard Wegner**, und den **EAK-Bundesgeschäftsführer, Pastor Christian Meißner**. Prof. Wegner unterstrich zunächst die wichtige Funktion, die die Parteien innerhalb des Meinungsbildungsprozesses einer parlamentarischen Demokratie einnehmen, erinnerte an die wegweisende Demokratie-Denkschrift der EKD aus dem Jahre 1985 und plädierte – insbesondere auch vor dem Hintergrund einer in besorgniserregender Weise zu verzeichnenden Politik- und Parteienverdrossenheit innerhalb der Bevölkerung – an die Unverzichtbarkeit von politischen Tugenden für eine lebendige, demokratische Gesellschaft. Der EAK-Bundesgeschäftsführer führte im Anschluss daran aus, dass man in Deutschland wieder

ein neues Bewusstsein dafür entwickeln müsse, dass eine freiheitlich-demokratische Grundordnung kein Selbstläufer sei. Politische Tugenden und Verantwortung für die Belange einer freien, gerechten und solidarischen Gemeinschaft betreffen alle gesellschaftlichen Schichten, Gruppen und Akteure. Insbesondere der Auftrag der Kirchen, Lebens-, Werte- und Sinnorientierung zu vermitteln, sei heute wieder zunehmend gefragt.

Im Hinblick auf den Beitrag der Parteien seien vor allem neue Formen der politischen Kommunikation und des gemeinwohlorientierten Ethos von Nöten, die von Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit und persönlicher Integrität getragen sein müssten: „Die besten PR- und Marketingstrategien in den Wahlkämpfen helfen nichts, wenn die Bürgerinnen und Bürger vermehrt den Eindruck haben, dass das politische Geschäft nicht mehr von glaubwürdigen Vertretern sowie klaren Grundüberzeugungen getragen wird“, so Meißner. Im Verlauf der weiteren Diskussion wurden die unterschiedlichsten Themenbereiche



Klaus Malottke, Gerhard Wegner und Christian Meißner

beleuchtet, wie zum Beispiel die Notwendigkeit eines fundierten und zu kritischem Urteilsvermögen verhelfenden religiösen Bildungsangebotes, die Bedeutung der Familienförderung und die Frage nach den unterschiedlichen Beiträgen und Engagements von Christinnen und Christen in den Parteien. Das Fazit des Abends: Christlicher Glaube und Parteipolitik stehen keinesfalls im Widerspruch zueinander, sondern sie bilden ein zwar spannungsvolles, aber auch wichtiges und fruchtbares Verhältnis.

EAK der CDU Dortmund mit neuer Mannschaft

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Dortmund hat auf seiner Delegiertenversammlung einen neuen Vorstand gewählt und den Generationswechsel vollzogen. Zum neuen Vorsitzenden wurde **André Buchloh** aus Brechten gewählt. Unterstützt wird er von den beiden Stellvertreterinnen **Jutta Kühn** (Innenstadt-Ost) und **Britta Clemens-Wienand** (Hörde). Der weitere Vorstand wird gebildet von **Knut Wansdorf** als Schriftführer sowie den Beisitzern **Heidemarie Haselhoff**, **Annegret Meyer**, **Martin Raschinski**, **Bernd Ringeln**, **Ernst Schulze**, **Dirk Hartleif** und **Michaela Uhlig**. Auf seiner konstituierenden Vorstandssitzung steckte sich der Vorstand die neuen Ziele für das laufende und das



v. l. n. r.: Michaela Uhlig, Annegret Meyer, Dirk Hartleif, Heidemarie Haselhoff, Martin Raschinski, André Buchloh, Jutta Kühn, Knut Wansdorf und Britta Clemens-Wienand

kommende Jahr. Zuerst wird sich der EAK vor Ort mit der Problematik des Kirchenturmes in Lindenhorst befassen. Sodann will der EAK in den Dialog mit anderen Religionsgemeinschaften der Stadt treten und sich mit deren Inhalten und Zielen

auseinandersetzen. „Kernpunkt unserer Arbeit in den nächsten beiden Jahren, wird die Befassung mit christlichen Werten und deren Einforderung in der Politik der Dortmunder CDU stehen“ stellt der neue Kreisvorsitzende fest.

Diakoniepräsident Klaus-Dieter Kottnik zu Besuch beim EAK-Bundesvorstand

Der Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, Pfarrer Klaus-Dieter Kottnik, war kürzlich zu Gast beim EAK-Bundesvorstand. Er referierte über die bleibende Bedeutung Wicherns für die heutige Diakonie und schilderte, wie aus dem Grundimpuls der Solidarität für die Schwächsten der Gesellschaft heraus eine bis heute währende, gelungene Mischung aus Ehrenamt und Professionalität entstanden sei. Die noch engere Verbindung von Kirche und Diakonie (als wesentlicher Lebensäußerung von Kirche) bleibe eine fortwährende Aufgabe und Herausforderung. Kottnik betonte insbesondere die Schlüsselrolle der Bildung für die Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher (Wicherns Erbe des „Rauen Hauses“). Die Förderung von Familienbildungszentren zur Beratung und Unterstützung von Familien in prekären Lebenssituationen sei ein vorrangiges Ziel diakonischer Arbeit



Thomas Rachel und Klaus-Dieter Kottnik

genauso wie die Jugendsozialarbeit insgesamt. Nach Ansicht der Vertreter des EAK-Bundesvorstandes spielten Fragen der Finanzierbarkeit des Sozialen zukünftig eine immer größere Rolle. Gegenüber einem bloß gesinnungsethischen Ansatz

müsse eine verantwortungsethisch orientierte Sozialpolitik immer auch eine gesunde Wirtschaftspolitik zur Grundlage haben, um ihren Aufgaben und Verpflichtungen in vollem Umfange gerecht werden zu können.

EAK-Bundesgeschäftsführer beim KAS-AJC Besuchsprogramm in Israel

| Dr. Lars Hänsel, Leiter des Auslandsbüros der KAS in Israel

Was verbindet Deutschland, die USA und Israel? Dieser Frage gingen im 60. Jubiläumsjahr der Gründung Israels zwölf junge Führungskräfte aus Deutschland und den USA auf einem Besuchsprogramm in Israel nach. Organisiert wurde das Programm gemeinsam von der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und dem American Jewish Committee (AJC). Die KAS und das AJC bringen bereits seit 1980 in einem Austauschprogramm Deutsche und jüdische

Amerikaner zusammen. Israel spielte in den Gesprächen häufig eine hervorgehobene Rolle. Daraus entstand die Idee, eine KAS-AJC-Delegationsreise nach Israel zu organisieren. Erstmals besuchte jetzt eine gemeinsame Delegation Israel.

Auf dem Programm standen Gespräche und Diskussionsveranstaltungen zur Geschichte Israels, zur gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung seit der Staatsgründung. Ziel war es, mit dem Programm den

Teilnehmern ein möglichst facettenreiches Bild von Israel zu vermitteln. Ein Thema war der Stand der Verhandlungen zwischen Israel und den arabischen Nachbarstaaten sowie den Palästinensern. Das Besuchsprogramm mit zahlreichen Gesprächen über Politik und Gesellschaft in Jerusalem und Projektbesuchen u.a. in Rehovot, Sderot, Sde Boker sowie in Tel Aviv verdeutlichte aber auch, dass Israel mehr als nur Konfliktpartei ist.



Die Deutsch-Amerikanische Besuchergruppe bei der Besichtigung eines Aussichtspunktes über Gaza in Sderot

Eröffnet wurde das Seminar im Konrad-Adenauer-Konferenzzentrum in Jerusalem. Eine Einführung durch **Dr. Lars Hänsel** (KAS) und **Dr. Eran Lerman** (AJC) setzte den inhaltlichen Rahmen des Programms. Beide betonten, wie wichtig das Dreiecksverhältnis Deutschland – USA – Israel ist, nicht zuletzt für Israel: Die Beziehungen zwischen Israel und Deutschland sind nach den USA die intensivsten und wichtigsten. Am Anfang des Programms standen Vorträge, welche eine inhaltliche Einführung in das Programm gaben. So referierte z. B. **Professor Yaakov Bar Siman Tov**, Direktor des Jerusalem Institute for Israel Studies zum Thema „Israel als jüdischer und demokratischer Staat“. Dabei zeigte er auch die Spannungen auf, welche sich aus beiden Aspekten ergeben. Spannungen gibt es z. B. zwischen Säkularen und Religiösen, aufgrund des Monopols der Orthodoxen im Personenstandswesen, etwa in Fragen von Heirat und Scheidung. Probleme gibt es aber auch bei der Integration der arabischen Minderheit. Dennoch zeigte er sich optimistisch, dass Israel auch in Zukunft an der jüdischen Identität des Staates festhalten und eine stabile Demokratie sein kann. Allen Spekulationen über einen bi-nationalen oder einen Staat ohne jüdische Identität erteilte er eine klare

Absage: Israel wurde als Heimstatt für die Juden weltweit geschaffen und muss deshalb an seiner jüdischen Identität festhalten. Abschließend wies Prof. Bar Siman Tov darauf hin, dass die Entstehung eines palästinensischen Staates im israelischen Interesse sei, um Israel als einen demokratischen Staat mit einer jüdischen Mehrheit weiterhin erhalten zu können. Ein weites Thema, das jüdische Amerikaner und Deutsche intensiv beschäftigt, ist die Bedeutung des Holocaust für die heutige Generation. Die Direktorin von Aktion Sühnezeichen in Israel, **Katharina von Münster**, organisierte für die Delegation eine Begegnung mit Holocaust-Überlebenden und Vertretern der zweiten Generation. In sehr persönlichen und bewegenden Gesprächen haben die Teilnehmer die Lebensgeschichte der Überlebenden kennen gelernt und mit ihnen darüber gesprochen, welche konkrete Verantwortung sich daraus für die heutige Generation ergibt.

Mit dem Gesandten der deutschen Botschaft, **Peter Fischer**, dem politischen Sekretär der US-Botschaft, **Peter Vrooman**, dem Leiter der Nahostabteilung des Auswärtigen Amtes **Boris Ruge**, und dem bekannten israelischen Fernseh-Journalisten **David**

Witzthum diskutierten die Teilnehmer vor allem globale Herausforderungen, vor denen Deutschland, die USA und Israel gemeinsam stehen. Intensiv wurde dabei die Frage diskutiert, wie man mit den Bemühungen des Iran umgehen soll, sich nuklear zu bewaffnen. Klar wurde, dass dies derzeit die größte Gefährdung für Israel darstellt. Strittig blieb, welchen Erfolg und welche politischen Folgen ein möglicher Militärschlag haben könnte.

In einem sehr beeindruckenden Vortrag legte **Rachel Korazim**, eine frühere Mitarbeiterin der Jewish Agency, Einfluss und Auswirkungen des Holocausts auf die israelische Gesellschaft dar. Frau Korazim erklärte u. a. die unterschiedlichen Wahrnehmungen und Reaktionen der religiösen und der säkularen israelischen Bevölkerung zum Holocaust.

Im Außenministerium wurde die Delegation von Botschafter **Aviv Shir-On** empfangen, der seinen Vortrag mit einer kurzen Einführung der Geschichte Israels begann und Israels Erfolge bei der Integration verschiedener Einwandergruppen aufzeigte. Aviv Shir-On unterstrich Israels Interesse an normalen Kontakten und guten Beziehungen mit seinen moderaten und pragmatischen arabischen Nachbarn.



v. l. n. r.: Christian Meißner, Holger Haibach und Lars Hänsel

Auf einem Workshop, an dem auch junge Israelis, darunter ein Mitarbeiter der Knessetabgeordneten Amira Dotan und eine Vertreterin des „Young Israeli Forum for Cooperation“ teilnahmen, hielt **Holger Haibach MdB** einen Vortrag zum Thema „Joint Values – Joint Challenges“. Er diskutierte vor allem sicherheitspolitische Herausforderungen, aber auch solche, die sich aus dem globalen Klimawandel ergeben. Holger Haibach betonte die Wichtigkeit von Koexistenz, welche der Schlüssel für eine Zukunft in Frieden und Sicherheit sei. Er beschrieb die Bedeutung von regionalen Projekten, wie z. B. die Zusammenarbeit der israelischen Region Gilboa und der palästinensischen Nachbarregion Jenin. Diese regionale Zusammenarbeit, von der beide Seiten profitieren, wird auch von der KAS gefördert.

Über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen zwischen der israelischen Regierung und der palästinensischen Selbstverwaltungsbehörde referierten **Issa Kassissieh**, Berater von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, und **Wassim Khazmo**, Verhandlungsbeauftragter des NSU (Negotiation Support Unit). Der umfassende Vortrag aus palästinensischer Sicht reflektierte Erfolge, aber vor allem Herausforderungen und bleibenden Schwierigkeiten der israelisch-palästinensischen Verhandlungen. Dabei zeigten sich beide Referenten eher pessimistisch, dass es bald zu einer Einigung kommen werde. Die Zeit für die Zwei-Staaten-Lösung und die Schaffung

eines palästinensischen Staates laufe ab. Vor allem die jüngere Generation diskutiert die Möglichkeit einer Ein-Staaten-Lösung, bei der alle Palästinenser volle Staatsbürgerrechte von Israel einfordern.

In der Nähe von Sderot besichtigten die Teilnehmer mit einem Armeesprecher einen strategischen Aussichtspunkt über Gaza und besuchten die Polizeistation in Sderot. Die Gruppe wurde die Bedrohung durch Qassamraketen aus dem nur wenige Kilometer

entfernten Gazastreifen verdeutlicht. Über 8000 Qassamraketen wurden seit dem Rückzug der israelischen Armee aus dem Gazastreifen auf die benachbarte israelische Region abgeschossen. Dalia Yosef, Direktorin des Sderot Resiliency Center, veranschaulichte die psychologische Belastung, welche die permanente und uneinschätzbare Bedrohung der Raketen verursacht, vor allem bei Kindern und Jugendlichen.

Das gemeinsame Besuchsprogramm bot Gelegenheit, gewonnene Einsichten, Eindrücke und Erlebnisse gemeinsam zu reflektieren und dabei die unterschiedlichen Perspektiven kennenzulernen. Dabei wuchs das Verständnis füreinander. Nicht zuletzt gab es neue Einsichten: eine amerikanische Teilnehmerin betonte z. B., wie wichtig ihr die neue Erkenntnis sei, dass sich die EU und Deutschland so stark in der Region engagieren und wie tief und intensiv angesichts der Geschichte heute die deutsch-israelischen Beziehungen sind. Die deutschen Teilnehmer lernten vor allem die Perspektive der amerikanisch-jüdischen Diaspora auf aktuelle Entwicklungen in Israel kennen. Nicht zuletzt wurde in diesem Zusammenhang der gegenwärtige US-Wahlkampf und seine Bedeutung für die israelisch-amerikanisch respektive amerikanisch-deutschen Beziehungen lebhaft diskutiert. Mehrfach wurde angeregt, dieses Programm in Zukunft zu institutionalisieren, nicht zuletzt um das Netzwerk zwischen jungen Führungskräften in Deutschland, den USA und Israel weiter auszubauen.



„Und es waren Hirten in derselben Gegend auf dem Felde bei den Hürden...“

(Lk. 2, 8)

Für viele Menschen verbindet sich mit dem Beruf des Hirten die Vorstellung einer idyllischen und romantischen Welt, naturbelassen und unberührt, die so ganz im Gegensatz zur Dekadenz und Wohlstandsübersättigung unserer Zeit steht. Das Klischee von der heilen Hirtenwelt hat bereits antike Wurzeln. Die Bibel jedoch weiß noch etwas vom harten und härtesten Geschäft des Hirten jenseits aller Romantik: Draußen auf den Feldern bei Wind und Wetter verrichtet er seinen Dienst, allen möglichen Gefahren, insbesondere auch an Leib und Leben, ausgesetzt, vor allem, wenn es um den Schutz bzw. um die Abwehr von Feinden und Raubtieren geht. Der Hirte ist es, der in den Nächten wachen muss, wenn andere längst schlafen. Und wenn man aus ihm ein Symbol der Verlässlichkeit, Freiheit und Bescheidenheit, der Selbstgenügsamkeit und holden Einfachheit gemacht hat, so ist dies doch immer auch die Kehrseite für die Verachtung gewesen, die die kultivierteren Schichten aller Zeiten diesem Berufsstand entgegengebracht haben: Hirten waren die Geringsten, die Unbedeutenden, die Namenlosen, ganz im eigentlichen Widerspruch zu ihrem wichtigen Auftrag.

Auch in der Weihnachtsgeschichte des Lukas, diesen alten und ehrwürdigen Worten, die wir schon so unzählige Male in unserem Leben gehört haben, begegnen uns die Hirten an zentraler Stelle: Sie sind die allerersten Zeugen und Adressaten der frohen Botschaft von der Geburt des Heilands. Obwohl sie die denkbar einfachsten und schlichtesten Menschen gewesen sein

dürften (auch nach den Maßstäben der damaligen Zeit), begreifen sie doch sofort, worum es geht: „Lasst uns nun gehen nach Bethlehem und die Geschichte sehen, die da geschehen ist, die uns der Herr kundgetan hat.“ (v 15) Sie verstehen sofort, denn ihre Augen, die in ungezählten Nächten ihres Lebens geschult wurden, auf das Geringste acht zu haben, sahen das Größte, die Klarheit des Herrn, die ihnen aufleuchtete! So sind sie zur Krippe geeilt und haben als erste Zeugnis abgelegt: „Als sie es aber gesehen hatten, breiteten sie das Wort aus, das zu ihnen von diesem Kinde gesagt war.“ (v 17)

Vielleicht können wir das „Hirtenamt“ (das übrigens – entgegen dem oft verkappten Machtanspruch in der Rede vom sog. „Wächteramt der Kirche“ – keineswegs das Privileg eines kirchenleitenden und kirchenpolitisch aktiven Funktionäreswesens ist) für unser Leben auf geistliche Weise wieder neu entdecken:

In der Einsamkeit und Dunkelheit so mancher Nacht möge uns die Klarheit des Herrn umstrahlen. Aus unserer Angst werde Freude und unser dumpfes, verzagtes Gemüt werde vom Geist Gottes aufgerichtet, damit wir alle wieder neu Gottes Wunderwerke verkündigen und seinen Namen loben können. Das ist die wahre Pastorale unseres Lebens, nicht bloß zur Weihnachtszeit! Und sie steht im Zeichen einer Botschaft: „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden...“ (v 14).

Christian Meißner

Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU

Impressum

Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

Herausgeber Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich, Christine Lieberknecht, Dieter Hackler, Hans-Michael Bender, Norbert Kartmann

Redaktion

Christian Meißner (V. i. S. d. P.)

Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,

Tel.: 030/22070-432, Fax: 030/22070-436,

E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducusu.de

Konto Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,

Konto-Nr. 266 098 300

Autoren

Herrn 1. Bürgermeister Ole von Beust

Senat der Freien und Hansestadt Hamburg

Senatskanzlei

Rathausmarkt 1

20095 Hamburg

Herrn Prof. Dr. habil. Wolfgang Merbach

Zur Saale 2

06217 Merseburg

Herrn Günter Nooke

Bauftragter der Bundesregierung

für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt

Werderscher Markt 1

10117 Berlin

Druck Druckerei Conrad

Gestaltungskonzeption/Realisation

Agentur kollundkollegen., Berlin

Fotonachweis

S. 3 © Kwest – fotolia, S. 4 © klick – fotolia,

S. 5 © Karsten Koehler – fotolia,

S. 10 © Digitalpress – fotolia,

S. 12 © Harald Soehngen – fotolia,

S. 15 Christian Meißner, S. 17 Dr. Lars Hänsel,

S. 18+19 Christian Meißner

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber.

Papier: 100 % chlorfrei



Jetzt schon vormerken!

46. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) am 12./13. Juni 2009 in Erfurt



*Bitte unterstützen Sie die Arbeit
des Evangelischen Arbeitskreises!*

Gerade in den Zeiten eines schwindenden christlichen Glaubens- und Wertebewusstseins darf unsere evangelische Stimme in Politik und Gesellschaft nicht verstummen, sondern muss weiterhin klar und deutlich vernehmbar bleiben. Es wird gerade auch im kommenden Bundestagswahljahr 2009 wichtig sein, dass eine verlässliche und glaubwürdige christdemokratische Politik zum Wohle aller Menschen in unserem Land eine breite Zustimmung erhält.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU kämpft für diesen Erfolg der Union. Wir werden unsere politischen Ziele aber nur dann erreichen können, wenn Sie uns dabei tatkräftig unterstützen und wenn wir gemeinsam genau wissen, wo wir stehen und gewiss und freudig bekennen, von wo wir herkommen. Ihre Güte und Großzügigkeit, mit der Sie uns in den vergangenen Monaten erneut unterstützt haben, und auf die wir auch weiterhin hoffen, möge Gott vielfältig segnen. Mögen Sie, Ihre Familien und Ihre Lieben in dieser Weihnachtszeit Kraft und Hoffnung, Friede und Freude erfahren von dem, der da ist und der da war und der da kommen wird.

Ihre Spende können Sie im Rahmen der einschlägigen steuergesetzlichen Vorschriften steuermindernd geltend machen.

Überweisungsauftrag/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts _____ Bankleitzahl _____

Empfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)
E v a n g e l i s c h e r A r b e i t s k r e i s

Konto-Nr. des Empfängers **2 6 6 0 9 8 3 0 0** Bankleitzahl **1 0 0 4 0 0 0 0**

bei (Kreditinstitut)
C o m m e r z b a n k B e r l i n

EUR Betrag: Euro, Cent _____

Kunden-Referenznummer – noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Auftraggebers – (nur für Empfänger)
S p e n d e f u e r d i e

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen)
E v a n g e l i s c h e V e r a n t w o r t u n g

Kontoinhaber/Einzahler: Name (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben) _____

Konto-Nr. des Kontoinhabers _____ **18**

Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.

Konto-Nr. des Kontoinhabers _____

Beleg/Quittung für den Kontoinhaber

Empfänger
Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Konto-Nr. _____ bei _____
266098300 10040000

EUR _____

Kontoinhaber/Einzahler _____

(Empfangsbestätigung der annehmenden Kasse/Bank)